(Abend-Ausgabe.)

Berlin. Mittwoch, 24. Juni.

National-Zeitung.

№ 288. 1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Lindenstr. 81. Inserate: die Petitzeile 2 Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: Kirchliches; Zolleinnahme von Bier. Kassel: die Münchener Preßkonferenz. Dresden: Konsulat in Madrid.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: die dänische Frage.
Schweiz. Bern: Verwendung der Kriegsanleihe.
Belgien. Brüssel: am Hofe; das Zastrow-Denkmal; zur rumänischen Frage.
Frankreich. Paris: die Wahlen; Tagesbericht.
Großbritannien. London: die Times über die Englischen Wahlen; aus dem Blaubuch über China; vom Hofe; Militairisches; Verschiedenes.
Dänemark. Kopenhagen: die Begrüßung des Kaisers von Rußland; Marine-Kommission.
Amerika. Newyork: neueste Post; aus Venezuela.
Berliner Nachrichten.

Deutschland.

* **Berlin,** 24. Juni. Frühere Mittheilungen hatten den Erlaß einer die Wiedertrauung geschiedener Personen betreffenden Verfügung des evangelischen Ober-Kirchenraths in Aussicht gestellt. „Von verläßlicher Quelle" her wird nun der „Bresl. Z." versichert, es sei dies bereits dahin an die Konsistorien geschehen, daß laut einer Kabinetsordre zur Erzielung eines vorläufigen normalen Zustandes, in allen Fällen, wo geschiedene Personen die Eingehung einer neuen Ehe beabsichtigen und für dieselbe die kirchliche Einsegnung begehren, die Konsistorien und in weiterer Instanz der evangelische Oberkirchenrath über die Zuläßigkeit der neuen Trauung zu entscheiden haben. Das jedoch soll jedenfalls festzuhalten sein, daß bei Dispensations-Gesuchen vom gerichtlichen Eheverbote wegen Ehebruchs der schuldige Theil in allen Fällen bestimmt abzuweisen sei.

— Die jetzt erschienene definitive Abrechnung über die vertragsmäßig im Jahre 1856 in mehreren Zollvereinsstaaten erhobene gemeinschaftliche Uebergangs-Abgabe vom Bier stellt heraus, daß für dies Jahr im Ganzen 53,003 Thlr. zur Vertheilung kommen. In Preußen wurden 8943 Thlr. erhoben, in Luxemburg 148 Thlr., in Sachsen 40,381 Thlr., in Thüringen 3250 Thlr., und in Braunschweig 273 Thlr. Zusammen 52,998 Thlr. Dazu kamen an Register-Defekten 7 Thlr. Aus Veranlassung der Register-Revision wurden 20 Sgr. vergütet, an irrthümlich erhobenen Gefällen 1 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. zurückgezahlt, und von Preußen als Tantième für die Großherz. hessischen Beamten 3 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf. verausgabt. Nach Abzug dieser Ausgaben verblieben die erwähnten 53,003 Thlr., wovon als Antheil auf Preußen 44,188 Thlr. fallen, auf Luxemburg 478 Thlr., auf Sachsen 5146 Thlr., auf Thüringen 2588 Thlr. und auf Braunschweig 601 Thlr. Nach Abzug von 3 Prozent Erhebungskosten hat demgemäß Preußen zu dem von ihm erhobenen Betrag noch 34,183 Thlr., und Luxemburg noch 320 Thlr. zu empfangen. Sachsen hat 34,177 Thlr. und Thüringen 643 Thlr. herauszuzahlen. Braunschweig empfängt noch 318 Thlr. Die Bevölkerung Preußens ist einschließlich derjenigen in den gegen Aversa beigetretenen Gebietstheilen bei der Abrechnung auf 17,507,322 Köpfe angesetzt; die Bevölkerung Luxemburgs auf 189,480; diejenige Sachsens auf 2,039,176; die von Thüringen auf 1,025,642 und die von Braunschweig auf 238,322 Köpfe. Dem ursprünglichen Ansatz gemäß beläuft sich die Bevölkerung Preußens mit den angeschlossenen Gebietstheilen auf 17 Mill. 556,556 Köpfe; davon sind aber für die vorstehende Berechnung die 63,316 Einwohner der hohenzollernschen Lande abzusetzen. Es bleiben demnach 17 Mill. 493,240, wozu wieder die Bevölkerung der Königl. hannoverschen Grafschaft Hohenstein und des Amtes Elbingerode mit 14,082 Köpfen tritt, so daß sich die obige Summe von 17 Mill. 507,322 Köpfen ergiebt. (Pr. C.)

Kassel, 21. Juni. Wie das „Fr. J." vernimmt, hat es bis jetzt den Bemühungen des diesseitigen Bevollmächtigten der Münchener Postkonferenz, Dr. Bang, nicht gelingen wollen, den Kurfürsten zur Ratifizirung der dort getroffenen Vereinbarungen zu bewegen. In derselben Angelegenheit wird dem „Schw. M." vom Main geschrieben: „Bekanntlich sollen die auf der Münchener Postkonferenz getroffenen Vereinbarungen von den betheiligten Regierungen bis zum 15. d. M. ratifizirt werden, um alsbald in das Leben treten zu können. Wir hören nun aber, daß eine Verzögerung dadurch eingetreten ist, daß Kurhessen die Ratifikation entschieden verweigert. Die Gründe sind uns nicht bekannt. Die Ratifikationen der andern Regierungen sollen rechtzeitig eingetroffen sein."

Dresden, 23. Juni. Der König hat die Errichtung eines königl. sächsischen Konsulats in Madrid beschlossen und den dort angesessenen Kaufmann German Steinfeldt zum Konsul ernannt. Die Königin Marie ist gestern Vormittag 9 Uhr nach Teplitz gereist und wird morgen zurückerwartet.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien,** 23. Juni. Die „Oesterr. Ztg." fährt in ihren Betrachtungen über die dänische Frage fort und schließt ihren heutigen Leitartikel folgendergestalt: „Die deutschen Länder, welche durch die Personalunion mit der Krone Dänemarks zusammenhängen, hängen durch eine Union der Gefühle, des Interesses, gemeinsamer Sprache und Bildung mit Deutschland zusammen; sie sind ein Glied Deutschlands, welches, von ihm abgehauen, den ganzen Körper zu dem eines Krüppels gestalten würde; sie sind so wahrhaft im deutschen Bunde, d. h. im Bunde mit Allem, was das deutsche Volk als sein Heiligstes, Unveräußerlichstes, Unverletzliches betrachtet, daß ihr Preisgeben ohne ein Aufhören deutscher Nation selbst undenkbar ist. Man kann sich einen Zahn ausreißen lassen, wenn er auch nicht nachwächst; man kann auf einen Arm, ein Bein, ein Auge, wenn es sein muß, Verzicht leisten, denn es verbleibt Einem noch immer ein anderer Arm, ein anderes Bein, ein zweites Auge; aber wo wäre ein zweites Holstein zu finden, wenn das eine vom deutschen Körper abgetrennt würde? Und doch denkt man in der Hauptstadt eines Ländchens, welches aus Courtoisie zu den Staaten zweiten Ranges in Europa gezählt wird, an diese Ablösung und hat sie thatsächlich bereits ins Leben geführt. Ein formelles Band, ein dünnes und schwächliches, an welchem der Anker der Hoffnungen von Holstein und Lauenburg nicht mit Zuversicht hängen kann, verbindet noch Deutschland mit diesen Ländern. Man weiß in Kopenhagen, daß Deutschland stark ist, aber man weiß es leider auch, daß bisher Deutschlands Stärke den dänischen Prätensionen nicht gefährlich geworden. Vom großen Belt schaut man auf uns herab, wie auf eins jener gehörnten Geschöpfe, welche mit furchtbarer Kraft ausgerüstet drohend genug auf ihrer Weide einhergehen, welche aber die überlegene Schlauheit eines Zwerges zu bändigen und zu leiten vermag." —

Der „O. A. Z." wird aus Wien geschrieben: Die Antwortsnote des Kopenhagener Kabinets ist hier eingetroffen und hat die Erwartungen vollkommen gerechtfertigt, welche man hier von diesem Aktenstück hegte. Obschon Form und Sprache der dänischen Note, was ausgewählte Höflichkeit anlangt, nichts zu wünschen übrig lassen, so ist der Inhalt, welcher doch am Ende diesmal den Ausschlag geben muß, entschieden negativ hinsichtlich der letzten Forderung der deutschen Großmächte. Die Absicht Frankreichs, in der deutsch-dänischen Streitfrage die Rolle des Vermittlers zu übernehmen, wird nun auch auf offiziellem Wege bestätigt. Es sind nämlich vor einigen Tagen Depeschen des Grafen Rechberg aus Frankfurt a. M. hier angelangt, welche einen ausführlichen Bericht über die Unterredungen enthalten, die zwischen ihm und dem französischen Gesandten am deutschen Bunde, Grafen de Montessuy, in der deutsch-dänischen Frage stattgefunden haben. An unsern Botschafter in Paris, Baron Hübner, sind auch bereits gestern Depeschen von hier abgegangen, die sich auf dieselbe Angelegenheit beziehen. — Zur Hebung und Förderung des Volksschul-Unterrichtes von Kroatien und Slavonien hat das Ministerium für Kultus und Unterricht besondere Maßregeln angeordnet, um den Schulunterricht zum Besten des Landes allgemeiner und gemeinnütziger zu machen. Es wurde auch dem Ermessen der Statthalterei überlassen, wahre Verdienstlichkeit um die Schule künftighin auch durch die Landes-Zeitung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Schweiz.

Bern, 22. Juni. Das „Bundesblatt" bringt in seiner neuesten Nummer die Botschaft des Bundesraths über die Verwendung des Kriegsanleihens. Dieselbe schließt mit vier Anträgen, nämlich: 1) Es seien die vom Bundesrath angeordneten provisorischen Verwendungen aus den Anleihegeldern genehmigt; 2) Es sei das fünfprozentige Anleihen von 6 Millionen innerhalb der vertragsmäßigen Kündigungsfrist unverweilt zurückzubezahlen; 3) Es wolle die Bundesversammlung in Abänderung des Gesetzes über Darleihen aus den eidgenössischen Fonds (vom 23. Dezember 1851) beschließen:

„Art. 1. Verfügbare Gelder der Eidgenossenschaft, welche nicht besondern Zwecken oder Stiftungen angehören, können auch auf den Ankauf schweizerischer Eisenbahnaktien verwendet werden. Art. 2. Es sollen nur bereits ausgegebene schweizerische Bahnaktien, die auf schweizerischen oder fremden Plätzen einen öffentlich notirten Cours besitzen, angekauft werden. Art. 3. Ein Wiederverkauf von Aktien darf ohne Ermächtigung der Bundesversammlung nicht stattfinden."

4) Es sei der Bundesrath ermächtigt, einen Theil des verfassungsmäßig vorgeschriebenen Baarvorrathes in der eidgenössischen Kassa (mindestens der Betrag eines doppelten Geldkontingents) bei schweizerischen Banken auf möglichst kurze Kündigungsfrist zu deponiren.

Belgien.

Brüssel, 22. Juni. Die Vermählungsfeier der Prinzessin Charlotte scheint jetzt definitiv auf den 28. Juli festgesetzt zu sein. Erzherzog Ferdinand Max wird am künftigen Donnerstag, und zwar über Antwerpen, hier eintreffen. — Vorgestern ist zu Namur ein Denkmal eingeweiht worden, welches man auf dem dortigen Kirchhofe zu Ehren des am 20. Juni 1815 daselbst gefallenen und begrabenen Obersten v. Zastrow, vom neunten preußischen Infanterie-Regiment, errichtet hat. Eine Deputation dieses Korps, welches gegenwärtig zu Stettin in Garnison liegt, so wie der von hier aus nach Namur gereiste preußische Gesandtschafts-Sekretär, Herr v. Magnus, wohnten der Ceremonie bei. Zwei Reden, von denen eine in deutscher Sprache, wurden dabei gehalten. Das Denkmal, welches von dem Bildhauer Barat ausgeführt worden, trägt folgende Inschrift: „Dem Andenken des am 20. Juni 1815 an der Spitze seines Regiments gefallenen Oberst v. Zastrow die Offiziere des Korps." — Eine wichtige Broschüre in der Angelegenheit der Donau-Fürstenthümer wird heute unter dem Titel: „Lettre de Moldavie à un diplomate français" hier erscheinen. Dieser „Brief", den es mir vergönnt war im Manuskripte zu lesen, ist mit großer Klarheit und Unparteilichkeit geschrieben und beschäftigt sich hauptsächlich mit der Stellung, welche Frankreich den Fürstenthümern gegenüber eingenommen hat. Nach einer kurzen Aufzählung der Gründe, weshalb gerade die Moldau am wenigsten der Unions-Idee huldigen könne, geht derselbe zur Darstellung der Schwierigkeiten über, mit welchen ein fremder Fürst, den man auf den „rumänischen Thron" setzen wollte, zu kämpfen haben würde. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Wahrscheinlich werden Sie, noch bevor diese Zeilen Ihnen zu Händen kommen, durch den Telegraphen das Resultat der Pariser Wahlen erfahren haben. In den Regierungskreisen glaubte man gestern Abend noch mit ziemlicher Sicherheit in allen Wahlbezirken obgesiegt zu haben. Indessen ist darauf noch wenig zu bauen, da die Betheiligung an den Wahlen gestern überaus schwach war. Bekanntlich arbeiten die Pariser Arbeiter Sonntags und feiern Montags; der größte Theil dieser Klasse hat denn auch erst heute die Stimmzettel abgegeben. Die Regierung war hierauf bereits vorbereitet und Herr Haußmann hat diesen Morgen in der 7. Stunde noch ein schon früher fertig liegendes gedrucktes Cirkular an alle säumigen Wähler erlassen, daß sie zu eifriger Betheiligung auffordert. (Wir haben dasselbe bereits mitgetheilt. A. d. R.) Vorgestern sollen auch die angesehensten Hausbesitzer zu den Maires ihrer Arrondissements gerufen und ersucht worden sein, so weit es in ihrer Macht steht, auf starke Betheiligung ihrer Mitbürger im Sinne der Regierung hinzuwirken. Ich glaube nicht, daß die Zahl derjenigen, welche sich des Wählens enthalten haben, bedeutend sein wird. Der Zudrang zu den Wahlbureaus soll heute ein ungeheurer gewesen sein. Man zweifelt schließlich nicht, daß 3 bis 4 der Oppositionskandidaten eine sehr bedeutende Anzahl Stimmen, wenn nicht die Mehrheit, erhalten werden.

× **Paris,** den 22. Juni. Seit 4 Uhr ist die Abstimmung geschlossen und in diesem Augenblicke ist man in den 125 Sektionen des Seine-Departements wie in ganz Frankreich beschäftigt, die Stimmzettel zu zählen und das Wahlresultat zu konstatiren. Ich war eben in mehreren Sektionen des 2. und 3. Bezirks, in denen Bethmont und General Cavaignac als Kandidaten der Opposition aufgetreten sind. Die Zählung der Stimmzettel war schon ziemlich weit fortgeschritten und gab im 2. Bezirk bis dahin eine Majorität für Herrn Devinck, den Regierungskandidaten, während im 3. Bezirk allem Anschein nach General Cavaignac den Sieg davon tragen wird. Doch es wäre unnütz sich in diesem Augenblicke in Konjekturen über das Wahlresultat zu ergehen, da Sie dasselbe noch diesen Abend durch den Telegraphen erfahren werden. In Paris sind in den letzten Tagen, namentlich in den Klubs, bedeutende Wetten für und gegen die Regierungsliste kontrahirt worden und es hat unter andern ein bekanntes Mitglied des Jokei-Klubs 100,000 Frcs. gegen 10,000 Frcs. parirt, daß die Opposition in ganz Frankreich keine 25 Kandidaten durchbringen werde. Der Sieg der Regierung in den Departements mit einigen wenigen Ausnahmen scheint allerdings sicher, nur würde die Erwählung Cavaignacs in Paris der Regierung den Triumph sehr verbittern. Daß General Cavaignac entschlossen ist, im Falle seiner Wahl die Eidesleistung wie im Jahre 1852 zu verweigern, scheint ausgemacht. — Als nächstes Resultat der Wahlschlacht wird ein bedeutender Wechsel in dem höheren Personal der Verwaltung vor sich gehen. Eine gewisse Anzahl Präfekten haben sich als durchaus unfähig in diesem entscheidenden Momente gezeigt und dieselben werden durch kräftigere Leute ersetzt werden. Daß auch im Ministerium des Innern selbst wesentliche Veränderungen vor sich gehen werden, wissen Sie bereits. — Die „Estafette" wurde gestern Abends saisirt, weil sie eine zweite Auflage veranstaltet hatte, ohne die gesetzliche Hinterlegung zu bewerkstelligen.

ΔΔ **Paris,** 22. Juni. Heute um 4 Uhr wurde die Abstimmung geschlossen und die Abzählung begann sofort. Bis jetzt kennt man nur die Ergebnisse einzelner Wahlsektionen (s. Telegraphische Depesche). Die Aufregung, die heute in Paris herrscht, ist ungeheuer; die ganze Bevölkerung befindet sich in fieberhafter Spannung. Selbst die Börse, die sich in der letzteren Zeit wenig um innere Politik bekümmerte, sieht dem Ausgange der Wahlen mit dem größten Interesse entgegen. Die Regierung theilt natürlich diese Aufregung und sieht diesem neuen ungewohnten Treiben nicht gleichgültig zu. Alle Werkstätten waren heute geschlossen und nirgends in den Faubourgs wurde gearbeitet. Die Zahl der Wähler, die sich bei den Wahlurnen einfanden, war sehr groß. Es stimmten eine große Anzahl von Blousenmännern, die sich gestern in nur geringer Zahl eingefunden hatten. Die Wähler selbst waren fortwährend in den Sektionen anwesend, um die Wahloperationen zu überwachen, die, was Paris betrifft, nur wenig gestört wurden. Anders war es im Weichbilde von Paris. In Belleville wurde der Vertheiler der Bulletins des Kandidaten Lasteyrie in der 3. Sektion von Kerlen von verdächtigem Aussehen angegriffen und seine Zettel zerrissen. Der Mann wehrte sich, die Polizeiagenten intervenirten aber und verhafteten den Vertheiler der Stimmzettel, ohne die Ruhestörer zu belästigen. Aehnliches passirte dem Vertheiler der Lasteyrie'schen Bulletins in der 4. Sektion von Belleville. Die Leute, die sich dieser Gewaltthätigkeiten schuldig machten, unterhielten sich später ganz gemüthlich mit den Polizeiagenten. Die drei Verhafteten erhielten erst um 9 Uhr ihre Freiheit wieder. Im 7. Wahl-Bezirke wurden zwei Leute verhaftet, die Stimmzettel von Bastide vertheilten. Man spricht von ähnlichen Vorfällen in anderen Wahl-Bezirken. Im Ganzen gingen jedoch die Wahlen ziemlich ruhig von Statten. Die Mitglieder der Opposition legten den größten Eifer an den Tag, und die Abzählung wird von sehr scharfen Augen überwacht. An militärischen Vorsichts-Maßregeln hat es die Regierung nicht fehlen lassen. Die ganze Garnison ist konsignirt, und die Wachtposten sind verstärkt. In den Orten des Weichbildes von Paris und in vielen anderen Gemeinden haben die Maires einen ungeheuren Eifer entwickelt. Dort werden die Wähler zusammengetrommelt und seit gestern Morgens schlägt man dort fast ohne Aufhören den General-Marsch. In den Provinzen sind mehrere Maires und andere Beamte mit großer Willkür gegen die Oppositions-Kandidaten aufgetreten. So wurden in der Gemeinde von St. Martin (Charente inferieure) die Leute, welche die die Kandidatur des Fabius Filippi verkündenden Plakate anschlagen sollten, mit Gewalt daran verhindert, weil er der Opposition angehört. — Der Maire von Bordeaux läßt die „Independ. Belge" wegen Verläumdung verfolgen, weil sie behauptet, er habe viele Wähler für den Regierungs-Kandidaten dadurch zu gewinnen gehofft, daß er ihnen mit ihren Wahlkarten Geld-Unterstützungen zugesandt. Der Maire sagt, er habe einfach eine ihm von einem Notar für wohlthätige Zwecke zugestellte Summe von 3500 Fr. vertheilen lassen, und zwar durch die Munizipal-Gardisten, während die Wahlkarten selbst von dem Hause Gelormini herumgetragen worden sind. — Man sagt, der Kaiser habe Herrn Billault gefragt, wie viele Kandidaten die Opposition im ganzen Lande durchsetzen dürfte. Fünfundzwanzig! habe der Minister geantwortet. Das ist viel, meinte der Kaiser; denn der Sturz der Restauration hat mit einer Opposition begonnen, die bloß 17 Mitglieder zählte. (Es ist aber zu bemerken, daß die Kammersitzungen nicht bloß öffentlich waren, sondern die Reden auch durch die Zeitungen veröffentlicht wurden, was dem jetzigen gesetzgebenden Körper bekanntlich versagt ist.)

Nach Beendigung der Wahlen veröffentlicht nun auch das demokratische Wahl-Comité heute Abends folgende Note:

Da die Verschiedenheit der beiden Kandidaten-Listen, wovon die eine von dem Pariser demokratischen Wahl-Komité und die andere von den Journalen „Siecle" und „Presse" angenommen wurde, eine gewisse Sensation im Publikum hervorgerufen hat, so hat das Komité vor seiner Auflösung beschlossen, folgende Note zu veröffentlichen: „Im Laufe des Monats Mai bildete sich eine aus Mitgliedern der demokratischen Partei bestehende Versammlung, um sich mit den Pariser Wahlen zu beschäftigen; in der ersten Sitzung wurden sofort zwei Beschlüsse gefaßt: 1) sich so häufig zu versammeln, als irgend möglich; 2) sich sofort bei Eröffnung der legalen Periode von zwanzig Tagen, die der Wahl vorhergehen, als Wahl-Comité regelmäßig zu konstituiren. — Am 2. Juni konstituirte sich das Comité mit Hinzuziehung der Journale. In der Sitzung vom 9. d. verstand sich das Comité unter Zustimmung der Herren Benezé, Havin, Husson und Picard, Repräsentanten des „Siècle", und des Herrn Dorimon, Repräsentanten der „Presse", dazu den Wählern eine Versöhnungsliste vorzulegen, um jede Schwierigkeit Seitens der Journale zu vermeiden. Die so von dem Comité und den Journalen unter gemeinschaftlicher Uebereinstimmung aufgestellte Liste wurde sofort durch den Telegraphen in die Departements abgesandt. Am folgenden Tage, und ohne dem Comité Kenntniß davon zu geben, veröffentlichten die „Presse" und das „Siècle" eine andere Liste, sehr verschieden von der, über welche man im Comité übereingekommen war. Das Comité, in Folge dieses unerwarteten Bruches von jeder Verpflichtung befreit, beschloß sofort, den Wählern eine homogene Liste vorzulegen. Seiner moralischen Autorität nachgebend, gaben die Herren Jules Bastide, Eugen Pelletan, Johann Reynaud, Jules Simon der ihnen so angebotenen Kandidatur ihre Zustimmung, und die einstimmig angenommene Liste wurde am nämlichen Tage, 12. Juni, in der „Estaffette" veröffentlicht. Nachdem das Comité die Veröffentlichung dieser Liste mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln beschlossen hatte, faßte es zur Vermeidung weiterer Streitigkeiten in der nämlichen Sitzung folgende zwei Beschlüsse: 1) gegen die von der „Presse" und dem „Siècle" getrennt aufgestellten Kandidaten keine Rekriminationen zu erheben; 2) diese Debatten erst nach beendetem Wahlkampfe vor das Publikum zu bringen. Den 21. Juni 1857. Für das Comité: Carnot. F. Herold. Bacherot."

Nach telegraphischer Meldung ist in Marseille der Re-